**Pressemitteilung – Düsseldorf, 21. November 2013**

**Wer schützt sich wie?**

**Gerda Henkel Stiftung stellt mehr als 600.000 Euro für Konfliktforschung bereit**

**Nächste Antragsfrist für das Programm „Sicherheit, Gesellschaft und Staat“ endet am 6. Dezember 2013**

**Welche Militärdoktrin verfolgt Russland? Welche Folgen haben physische und soziale Bedrohungserfahrungen in Südafrika? Wie meistert Tunesien die „salafistische“ Herausforderung? Diese Fragen stehen im Zentrum dreier wissenschaftlicher Projekte, die die Gerda Henkel Stiftung neu in ihr Sonderprogramm „Sicherheit, Gesellschaft und Staat“ aufgenommen hat. Die Gremien der Stiftung bewilligten in diesem Bereich mehr als 600.000 Euro für insgesamt zehn Projekte. Mit dem Sonderprogramm „Sicherheit, Gesellschaft und Staat“ unterstützt die Gerda Henkel Stiftung Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sicherheitspolitische Konflikte nach dem Kalten Krieg untersuchen. Dabei geht es auch um die Verbindung von theoretischer Grundlagenforschung und Konzepten, die für die politische Praxis Bedeutung haben. Forscherinnen und Forscher, die sich in der aktuellen Ausschreibungsrunde bewerben möchten, können ihre Anträge noch bis zum 6. Dezember 2013 in der Geschäftsstelle der Gerda Henkel Stiftung einreichen.**

**Bewilligt: Forschung zu Russland, Südafrika und Tunesien**

Russland steht im Zentrum eines Forschungsprojektes von **Dr. Aschot Manutscharjan** (Berlin). Für den Zeitraum von der Unabhängigkeit Russlands 1991 bis zum Beginn der dritten Amtszeit Vladimir Putins im Jahr 2012 fragt der Politikwissenschaftler und Historiker danach, welche Sicherheitsstrategien Russland unter dem Eindruck jüngerer Entwicklungen – der Erweiterung der NATO, der US-Interventionen in Afghanistan und dem Irak, der Rolle Chinas als Weltmacht und der Veränderungen in der islamischen Welt – gewählt hat und ob nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine neue Konfrontation zwischen Russland und den USA drohen könnte.

Der Beziehung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren widmet sich **Professor Dr. Sarah Brooks** (Ohio State University, USA). Die Politikwissenschaftlerin blickt nach Südafrika: Erfahrungen von Gewalt und Einkommensverlust führen dort dazu, dass einzelne Bevölkerungsgruppen eigene Maßnahmen ergreifen, um sich physisch zu schützen und sozial abzusichern. Welche Folgen die Konkurrenz von staatlichem Gewaltmonopol und privater Selbstjustiz für die Demokratie Südafrikas hat, wird Sarah Brooks anhand der Städte Johannesburg und Kapstadt untersuchen.

Das Verhältnis von staatlicher und gesellschaftlicher Sicherheit ist auch Thema des Forschungsprojekts von **Dr. Frederic Volpi** (University of St Andrews, Großbritannien). Der Politikwissenschaftler beleuchtet am Beispiel des „zerfallenden Staates“ Tunesiens den schwierigen Übergang von einem autoritär geführten zu einem demokratischen Staat. Seine Aufmerksamkeit gilt dabei den Bestrebungen der tunesischen Regierung, die salafistischen Bewegungen des eigenen Landes in einen friedlichen Dialog einzubinden, aber auch zwischen salafistischen und anderen religiösen und säkularen Gruppen zu vermitteln.

**Informationen im Internet**

Über das Sonderprogramm „Sicherheit, Gesellschaft und Staat“ und die Antragstellung informiert die Gerda Henkel Stiftung auf ihrer Homepage: http://www.gerda-henkel-stiftung.de/spsss

Die **Gerda Henkel Stiftung** wurde 1976 von Frau Lisa Maskell (1914–1998) zum Gedenken an ihre Mutter Gerda Henkel errichtet. Die Gerda Henkel Stiftung ist eine von der heutigen Henkel AG & Co. KGaA unabhängige, gemeinnützige Einrichtung privaten Rechts mit Sitz in Düsseldorf. Ausschließlicher Stiftungszweck ist die Förderung der Wissenschaft. Die Disziplinen Archäologie, Geschichtswissenschaften, Historische Islamwissenschaften, Kunstgeschichte, Rechtsgeschichte sowie Ur- und Frühgeschichte stehen im Zentrum der Fördertätigkeit. Darüber hinaus wendet sich die Stiftung verstärkt gegenwarts- und zukunftsbezogenen Themen zu. Die Gerda Henkel Stiftung hat seit ihrer Gründung weltweit knapp 6.000 Forschungsvorhaben mit mehr als 110 Millionen Euro unterstützt.